

Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden

□ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 6 Mark

Nr. 31.

Charlottenburg, Freitag, den 26. August 1921.

48. Jahrg.

Der künftige Wirtschaftsaufbau und die soziale Frage.

Ein Vortrag von Professor Dr. Federer vor den Berliner Betriebsräten.)

Vor den Berliner Betriebsräten hat der Heidelberger Professor Dr. Federer über obiges Thema einen mehrstündigen Vortrag gehalten, dessen Inhalt wir in nachfolgendem durch Wiedergabe der Kerngedanken und Gliederungen wiedergeben wollen. Federer sagte:

Seit 1913 ist eine bedeutende soziale Umschichtung erfolgt: Rentner, Mittelstand, Beamte sind in eine erheblich tiefere soziale Lage gesunken. Es handelt sich nicht etwa um einen zu starken Wendeschlag, der wieder zur Gleichgewichtslage zurückkehren kann, vielmehr sind große Kapitalgewinne, ist der neu entstandene Reichtum fest geworden durch seine Anlegung in Produktionsmitteln. Es hat durch die Geldentwertung eine ganz gewaltige Expropriation stattgefunden. Dagegen ist der Verarmungsprozeß nicht nur zum Stillstand, sondern zur rückläufigen Bewegung gekommen, über Erwarten schnell ist die Wiederherstellung der Produktionsmittel und Arbeitskräfte erfolgt. Die Flucht von Kapitalien ins Ausland hat einen großen Umfang angenommen. Auch hier sehen wir eine Umkehrung, denn die gewaltigen ausländischen Guthaben bei unseren Großbanken sind offenbar in erheblichem Grade zurückgekommene deutsche Kapitalien. Die Kapitalisten haben wieder Vertrauen zur deutschen Wirtschaft.

Wenn wir uns die Frage vorlegen, ob die deutsche Volkswirtschaft im ganzen gesundet, so ist privater und öffentlicher Haushalt zu scheiden. Jeder Privathaushalt muß stets im Gleichgewicht bleiben. Verringern sich die Einnahmen, dann muß eben der Verbrauch eingeschränkt oder es muß vom Kapital gezehrt werden, denn niemand kann mehr verausgaben als er einnimmt.

Der Staat dagegen, der keine Güter in die Volkswirtschaft leitet, kann leider sehr lange mehr ausgeben als er einnimmt, d. h. an Steuern usw. einzieht. Das Defizit ist dann ein Symptom dafür, daß eben mehr verbraucht als erzeugt wird.

Wir haben es einerseits in der Privatwirtschaft mit einem Aufbau der Kräfte zu tun, während das Reich umgekehrt seine Schulden ständig vermehren mußte. Nur durch Übertragung unseres Besitzes an das Ausland helfen wir uns.

Bis jetzt haben wir die Schwere der Reparation noch nicht empfunden. Wir werden aber jährlich 150 bis 160 Milliarden aufzubringen haben dadurch, daß der Staat selbst mittels Steuern auf einen entsprechenden Teil unserer Produktion Beschlag legt. Aus dem Arbeitsertrag von zwei Personen müssen drei leben, da der Ertrag der dritten Person vom Staat beschlagnahmt werden muß. Werden hohe direkte Steuern erhoben, dann bedeutet das Konfiskation, wodurch der Anreiz zur Vermögensbildung fortfällt. Man schlachtet die Henne, die die Eier legen soll. Indirekte Steuern aber bedeuten Steigerung der Warenpreise, bei gleichbleibendem Lohn Senkung der Arbeitsfähigkeit, und deshalb auch Drosselung der Produktionskräfte.

Betrug früher die steuerliche Belastung 5 bis 10 Proz. des Einkommens, so wird sie jetzt ein Drittel bis zwei Fünftel (also 30 bis 40 Proz.) betragen müssen. Während wir früher stabile Währung und Preise hatten, ist heute alles in Fluß. Deshalb hat die Belastung der Verbrauchsgüter und des Besitzes nicht die Wirkung, die bei stabilen Verhältnissen unabwendbar eintreten müßte. Denn Einkommen und Preise werden jeden Tag neu bestimmt. Die Ver-

teilung der Einkommen, der Kaufkraft ändert sich ständig, die Machtverhältnisse der Arbeiterschaft, der Schichten der Bevölkerung überhaupt üben einen erheblich größeren Einfluß aus als die Steuerverhältnisse. Weil wir fremde Devisen zur Bezahlung der Reparation brauchen, besteht eine überaus starke Verschlebung der deutschen Wirtschaft mit den ausländischen Volkswirtschaften. Wir könnten uns schließlich die Mittel zur Reparationsleistung durch Anleihen beschaffen. Beispiel Frankreich, das 1871 seine Kriegsanleihe in Berlin zur Zeichnung auflegte, wo sie sogar stark überzeichnet wurde. Da wir nun heute eine deutsche Anleihe nicht im Ausland unterbringen können, bleibt nur die Ausfuhr von Waren und Produktionsmitteln.

Vielfach wird behauptet, die Reparation sei überhaupt unausführbar; weil der Absatz für die deutschen Waren auf dem Weltmarkt in Höhe der Reparationsforderungen fehle. Das ist, theoretisch gesehen, nicht richtig, denn wir exportieren nicht nur Waren, sondern durch den gleichzeitigen Export der Devisen, die wir als Gegenwert erhalten, auch Einkommen für die Völker, denen wir die Waren zum Kauf liefern. Wir schaffen selbst die Kaufkraft in den Entente-Ländern. Dort wird der Steuerzahler entlastet, sein Einkommen steigt, seine Kaufkraft erhöht sich.

Nun haben wir aber noch eine Weltwirtschaftskrise, zu deren Beseitigung der Kapitalismus eine Hungertur durchmachen muß. Zu hohe Gewinne, Aufschläge auf die Produkte hindern die Arbeiterschaft, die von ihr erzeugten Waren zurückkaufen zu können. Das aber muß ja geschehen. Der Arbeiter und der Unternehmer durch den eigenen Konsum und durch die Kapitalbildung müssen die Warenerzeugung wieder zurückkaufen. Zwischen Einkommen und Gewinn besteht heute eine schwere Disproportionalität. Ebenso besteht eine schwere Disproportionalität der Industrien, da sich die schwere Industrie in der ganzen Welt überentwickelt hat und heute an Absatz leidet. Endlich entstand durch die Zerrüttung der Währung eine dritte Disproportionalität. Während früher ein Dukatenzwanzigmarkstück überall im Auslande Kaufkraft hatte wie die inländische Goldmünze, kauft heute der Amerikaner mit seinem Geld bei uns mehr als in seinem eigenen Lande, während der Deutsche daheim mit seinem Geld mehr kaufen kann als in Amerika. In dieser Lage wird die Steigerung unserer Exporte besonders schwer.

Wenn wir die Reparation leisten wollen, und das müssen wir aus politischen Gründen doch tun, oder es wenigstens ehrlich versuchen, dann kann nur eine Kombination verschiedener Methoden in Frage kommen:

1. Einschränkung des Verbrauchs.
2. Steigerung der Produktion.
3. Verzicht auf Vermögensgüter, Verkauf volkswirtschaftlicher Substanz, Verkauf von Kapital an das Ausland.

Ein vierter Weg, die Auswanderung, ist durch die Einwanderungsbeschränkung in fremden Ländern zurzeit undenkbar.

Lehnen wir die projektierten Steuern ab, so müssen eben Noten gedruckt werden, was nichts anderes als eine indirekte Steuereinzahlung bedeutet durch die Geldentwertung, durch die Entstehung zusätzlicher Kaufkraft, so daß doch die Masse alles bezahlt. Eine Produktionssteigerung ist möglich, aber zwecklos, sofern der Uberschuß im Ausland keinen Markt findet.

Wollen wir aber unser Kapital, d. h. unsere Aktien, Hypotheken usw. verkaufen, so müssen wir bei der mangelnden Nachfrage nach Kapitalgebern auch sehr billige Preise dem Ausland stellen. — Diese ungünstige Lage zu ändern haben wir zunächst keine Macht. Wir müssen daher mit einer Verringerung unseres Volkvermögens rechnen — als Konsequenz der Zwangslage, welche uns zu Ver-

*) Der Betrag wird ... im Wortlaut als Drohschüre erscheinen.

stungen weit über unsere Fähigkeit hinaus nötig. Was bedeutet diese Lage für die Arbeiterschaft?

Durch das Spa-Abkommen haben die Arbeiter des Bergbaues ein Produktionsmonopol erhalten, da von ihrer Arbeitswilligkeit allein die Erfüllung abhängig ist. Stinnes hatte mit seiner Prophezeiung der Unerfüllbarkeit des Spa-Abkommens nicht recht behalten, denn es ist doch erfüllt worden. Der Unterschied unserer Lage besteht heute darin, daß die Hauptschwierigkeit der Absatz ist. Würde die Entente uns lediglich Sachleistungen in großem Umfange auferlegen, so wäre die Position der Arbeiter sozial sehr günstig, und man könnte einen guten Schritt zur Sozialisierung hin tun.

Eine sehr gefährliche Abirrung ist die Planwirtschaft, denn der Sozialismus ist kein bloßes Organisationsproblem, sonst wäre jede Kaserne eine sozialistische Gemeinschaft, es kommt aber darauf an, wer kommandiert. Was produziert wird, ist nicht das Entscheidende, der Markt selbst bestimmt ja, was er braucht und aufnehmen kann, entscheidend ist vielmehr die Lastenverteilung. Die Steuern müssen so sein, daß sie keine Kämpfe auslösen. Die Folge der neuen Steuern werden aber soziale Kämpfe sein, weil eben jeder versuchen wird, die Lasten abzumwälzen. Daher erwarten uns schwere soziale Auseinandersetzungen, und es wird Sache der Arbeiterschaft sein, ihre Organisationen, Gewerkschaften und Betriebsräte weiter zu stärken und zu stützen, um ihre Lebenshaltung und den Arbeiterschutz verteidigen zu können.

Auf die in den Grundzügen wiedergegebene Rede des Herrn Prof. Dr. Lederer antwortete in der Diskussion Dr. Striemer folgendes:

Die Ausführungen gegen die Planwirtschaft machen eine Entgegnung unerlässlich. Die Herstellung einer sozialisierten Wirtschaft ist ein dreiteiliges Problem:

1. Herstellung einer planmäßigen Wirtschaft, die den höchsten Leistungsfaktor und Wirkungsgrad erreicht.
2. Die Umwandlung des Privatbesitzes an den Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum.
3. Die Beherrschung der Wirtschaftsführung durch die Volksgesamtheit.

Dieses riesenhafte Problem könne nicht mit einem Schlag gelöst, nur ein Teil nach dem anderen könne durchgeführt werden. Wir sehen in der heutigen Wirtschaft bereits in erheblichem Ausmaß die Entwicklung einer kapitalistischen Planwirtschaft, die Zahl der Verbände, Zusammenschlüsse, Kartellierungen, Syndikierungen, Vertrustungen wächst täglich vor unseren Augen. Alle sind aber oder erstreben Monopole, die nur privatwirtschaftliche Interessen verfolgen, ohne Rücksicht auf die Bedürfnisse der Gesamtheit. Diese Organisationen führen aber doch zum technisch-wirtschaftlichen Fortschritt, zur Produktionssteigerung, zur Unkostenverminderung. Dürfen wir diese Entwicklung, die die Gesetze des freien Marktes nicht zur Auswirkung kommen lassen, sich selbst überlassen? Können wir die unwirtschaftliche Produktionsweise der freien Marktwirtschaft weiter gestatten, wo jede Kraft und jedes Produktionsmittel zur besten Ausnutzung kommen muß? Nein. Für die Reparation muß aber die Gütererzeugung gesteigert werden. Das wird nur möglich, wenn der Arbeiter mehr verdient und größere Arbeitsfreudigkeit gewinnen kann. Je besser aber die Produktion organisiert und ausgestattet ist, desto mehr kann der Arbeiter leisten und verdienen. Erst eine Vereinheitlichung der Warenerzeugung ermöglicht uns, den Anteil aller Mitwirkenden, aller Arbeitnehmerklassen und des Kapitals richtig und den Gesamtinteressen entsprechend zu bestimmen.

Die Planwirtschaftler wollen die bestehenden Wirtschaftskörper der Fachgebiete vervollkommen und unter die Kontrolle der Allgemeinheit stellen. Das ist praktisch möglich, sofern die gesetzliche Handhabe gegeben ist. Wenn die Vollsozialisierung eine Aenderung der Einkommensverhältnisse und Konsumkraft zum Ziel hat durch Beseitigung der Unternehmer, so ist es doch undenkbar, dieses Ziel zu erreichen ohne technisch-wirtschaftliche Durchorganisation der Wirtschaft.

Für die Vollsozialisierung fehlen wichtige Voraussetzungen, weil drei Aufgaben zu erfüllen sind. Sollen wir deswegen aber überhaupt nicht um, um die wirtschaftliche Lage und die Rechtsposition der Arbeiterschaft zu stärken, daß die nächstschweren Aufgaben dann auch erfüllbar werden?

Dr. Striemer trat dann weiter für die Entwicklung des Wareneinfuhrhandels, des Kompensationsverkehrs, ein. Theoretisch zeigen sich dabei Vorfälle und Gegenlieferung aus, sonst wäre es ja eine Reorganisation, in der Praxis kann aber durch planmäßige Organisation das Gegengeschäft so gestaltet werden, daß der Vorteil auf unserer Seite liegt und wir mehr verkaufen als wir kaufen. Einfuhrhandel und Ausfuhrhandel arbeiten heute ohne Fühlung und Verständigung aneinander vorbei.

Zu Stinnes bemerkte Dr. Striemer, daß unsere Wirtschaft ja doch immer noch mit halber Belastung der Kessel arbeite. Das zeigen ja die Arbeitslosen und Kurzarbeiter. Daß sich die Reparationsleistungen so lange verzögern, war nicht vorauszusetzen. Sachlich hat Stinnes also doch recht. Dr. Striemer erklärte dann, daß unser Volk doch über kurz oder lang werde erkennen müssen, daß wir in dem Programm der Planwirtschaft doch den Weg zum Vorwärtkommen zur organischen Fortentwicklung haben, auf dem eine andere Größenordnung der Einkommen und die Lösung des Arbeitslosenproblems den Forderungen der arbeitenden Massen entsprechend erreicht werden kann.

Im Schlußwort wies Prof. Dr. Lederer darauf hin, daß die Planwirtschaft höchstens einen (allerdings für die Arbeiterschaft gefährlichen) Sinn haben könne in der Zeit des Mangels an Waren; heute fehle aber nicht das Produkt, sondern der Absatz. In der Volkswirtschaft selbst könne die Planwirtschaft sozial nichts ausrichten, da sie im übrigen nichts an der kapitalistischen Struktur der Volkswirtschaft, und auch nichts an der Einkommensverteilung in der Volkswirtschaft ändere. Sondern gerade jetzt durch steuerliche Belastung die Nationalität der Wirtschaft gesteigert werden, während durch die Planwirtschaft der sozialistische Gedanke diskreditiert würde. („Betriebsrätezeitung.“)

Die neue Gestalt der Invalidenversicherung.

Von Friedr. Klees.

Das „Gesetz über die anderweitige Festsetzung der Leistungen und der Beiträge in der Invalidenversicherung vom 23. Juli 1921“ ist soeben im „Reichsgesetzblatt“ (S. 984) veröffentlicht worden. Die Neuerungen sind sehr einschneidender Art und interessieren daher die Arbeiter stark. Zweck und Wirkung der Veränderung ist bekanntlich hauptsächlich, den Landesversicherungsanstalten wesentlich erhöhte Einnahmen zukommen zu lassen.

Die bisherigen fünf Lohnklassen werden mit dem 1. Oktober 1921 aufgehoben und es treten von diesem Zeitpunkt an acht neue Klassen an ihre Stelle, und zwar:

		Jahresarbeitsverdienst:		Wochenbeitrag:
A	B	bis zu	1 000 Mk.	3,50 Mk.
B	von mehr als	1 000	3 000	4,50
C	"	3 000	5 000	5,50
D	"	5 000	7 000	6,50
E	"	7 000	9 000	7,50
F	"	9 000	12 000	9,—
G	"	12 000	15 000	10,50
H	"	15 000		12,—

Die Beiträge werden bekanntlich je zur Hälfte von den Arbeitgebern und Arbeitnehmern getragen, so daß z. B. in der Klasse F jeder Teil wöchentlich 4,50 Mk. bezahlen muß.

Die bisherige unständliche Berechnung des Jahresarbeitsverdienstes nach den Grundlöhnen der Krankenkasse fällt weg. Es gilt in Zukunft der tatsächliche Jahresarbeitsverdienst, der natürlich auf den Wochen- und, wenn nötig, auf den Tagesverdienst zu zerlegen ist. Die Versicherung in einer höheren als der zuständigen Lohnklasse ist nach wie vor erlaubt. Lehnt der Arbeitgeber den höheren Beitragsanteil ab, muß ihn der Versicherte mitbezahlen.

Die bisherigen Wittwengelder und Waisenaussteuerungen (einmalige Abfindungen, wenn die Witwen selbst Beiträge zur Versicherung entrichtet hatten) kommen in Wegfall. Die bis zum 1. Oktober geltend gemachten Anträge auf solche Leistungen müssen noch nach den bisherigen gesetzlichen Bestimmungen erledigt werden. In dem Erlöschen der Anwartschaft (§ 1280 der Reichsversicherungsordnung) sind Erleichterungen eingetreten. Nach wie vor erlischt grundsätzlich die Anwartschaft, wenn während zweier Jahre nach dem auf der Quittungskarte verzeichneten Ausstellungstag weniger als zwanzig Wochenbeiträge entrichtet worden sind. Die Anwartschaft gilt aber nicht als erloschen, wenn die zwischen dem erstmaligen Eintritt in die Versicherung und dem Versicherungsfall liegende Zeit zu mindestens drei Vierteln durch ordnungsmäßig verwendete Beitragsmarken belegt ist. Tritt z. B. jemand mit seinem 16. Lebensjahr in die Versicherung ein und wird er mit seinem 40. Jahr invalide, so muß er für die dazwischen liegende Zeit von 24 Jahren mindestens 18 Jahre mit Marken belegen, also $18 \times 52 = 936$ Beitragswochen nachweisen.

Die Rentenhöhe bleibt im allgemeinen dieselbe. Trotz der Geldentwertung wird der Reichszuschuß (50 Mk. für jede Invaliden-, Kranken-, Witwen- und Witwerrente und 25 Mk. für jede Waisentrente) nicht erhöht. Den gegenwärtig vorhandenen Rentempfängern wird die bisherige Zulage von 70 Mk. für jede Invaliden-, Kranken- oder Altersrente, 55 Mk. für jede Witwenrente und 30 Mk. für jede Waisentrente weiter gewährt. Die neue Rentenberechnung ist etwas anders aufgebaut. Der Grundbetrag der Invalidenrente ist in jeder Lohnklasse einheitlich 360 Mk., die Steigerungssätze sind etwas erhöht. Außerdem wird bis auf weiteres zu den neu festzusetzenden Renten ein jährlicher Zuschuß von

600 M., bei den Waisenrenten nur von 300 M. gewährt. Trotzdem werden vorläufig auch die neu festzusetzenden Bezüge nicht wesentlich höher sein als die bisherigen. Nur erst wenn im Laufe der Zeit die Versicherten Gelegenheit hatten, in den neuen höheren Klassen Beiträge zu entrichten, für die dann höhere Steigerungssätze in Anrechnung kommen, ist später auf höhere Renten zu rechnen, sofern eben nicht die jetzigen außerordentlichen Zuschüsse herabgezogen werden. Eine wesentliche Ausgestaltung haben die bisherigen Kinderzulagen zu den Renten erfahren. In Zukunft betragen diese: 96 M. jährlich, wenn ein solches Kind vorhanden ist, 168 M. bei zwei und für jedes weitere Kind 48 M. Elternlose Enkel unter 15 Jahren, deren Unterhalt der Empfänger der Invalidenrente ganz oder überwiegend bestreitet, werden den Kindern unter 15 Jahren gleichgestellt.

Eine wesentliche Neuerung wird noch dadurch gebracht, daß in Zukunft eine Rente aus der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung auch in vollem Umfange neben einer Rente aus der Unfallversicherung gewährt wird. Bisher trat eine Kürzung ein, wenn ein gewisser nicht allzu hoher Betrag überschritten wurde. Krankheitszeiten, in denen ein Versicherter nachweislich verhindert gewesen ist, seine Berufstätigkeit fortzusetzen, werden als Beitragswochen der Lohnklasse B angerechnet. Der Reichsarbeitsminister kann bestimmen, in welchen weiteren Fällen eine solche Anrechnung stattfindet. In der Vermögensverwaltung der Versicherungsanstalten tritt eine Milderung insofern ein, als die ganzen seitherigen Vorschriften über die „Gemeinlast“ und die „Sonderlast“ in Wegfall kommen. Sie bildeten auch nur eine ganz unnötige Verwickelung der Verwaltung. Dafür ist folgendes bestimmt worden: Jeder Versicherungsträger, also jede Landesversicherungsanstalt, wird mit einem Zehntel der Beträge belastet, die an Empfänger von ihm festgesetzter Renten gezahlt worden sind. Alle übrigen Zahlungen werden, soweit sie nicht dem Reiche zur Last fallen, auf sämtliche Versicherungsträger nach Maßgabe ihrer Beitragseinnahmen in den letzten drei Geschäftsjahren verteilt. Damit wird gewissermaßen eine einheitliche Risikogemeinschaft aller Versicherungsträger geschaffen.

Die Zusatzrenten, die durch freiwillige Zahlung von Zusatzmarken erworben werden konnten, kommen wie diese in Wegfall. Die Einrichtung hat sich zwar nicht bewährt, was in der ganz geringen Benutzung zum Ausdruck kommt. Empfänger einer Zusatzrente erhalten den Kapitalwert der Rente als Abfindung. Wer Zusatzmarken entrichtet hat und dafür eine Rente noch nicht erhält, kann innerhalb fünf Jahren die Erstattung des Wertes der Zusatzmarken verlangen.

Schließlich sind noch eine Reihe von Ubergangsvorschriften vorgesehen. Ansprüche und Leistungen, über die das Feststellungsverfahren zurzeit schwebt, unterliegen schon den neuen Vorschriften. Ihre Nichtanwendung gilt auch dann als Revisionsgrund, wenn das Oberversicherungsamt sie noch nicht anwenden konnte. Die „Sonderanstalten“, wie die Norddeutsche Knappschaftspensionskasse usw., müssen sich dem neuen Gesetze anpassen. Ungültig gewordene Beitragsmarken können innerhalb zwei Jahren bei der Post in Marken gleichen Geldwertes umgetauscht werden. — Das neue Gesetz enthält manche Unklarheiten noch, die erst durch die Praxis und die Rechtsprechung geklärt werden müssen.

Wirtschaftspolitische Rundschau.

Die Kohlenversorgung in Gefahr. — Das Stickstoffsyndikat. — Die Konzentration in der Brauindustrie. — Die Warenversorgungsstelle der Gewerkschaften. — Die Steuerpolitik der Regierung.

Zu den vielen Gefahren, die unsere Volkswirtschaft bedrohen, gehört leider auch wieder die mangelnde Kohlenversorgung. Wenn wir in diesem Jahr bisher leidlich ausgekommen sind, so ist die Erklärung nicht in der vermehrten Kohlenförderung zu suchen, sondern in dem geringen Anspruch der Industrie, die bei der schlechten Geschäftslage erheblich ihre Anforderungen zurückgestellt hat. Dazu kommt, daß erfreulicherweise die Förderung der Braunkohlen stark zugenommen und die Bemühung, die Industrie in größerem Umfange zur Braunkohlenfeuerung zu veranlassen, Erfolge aufzuweisen hat. Diejenigen Industrien, die auf Steinkohlen angewiesen sind und dabei besonders bessere Qualitäten beanspruchen, klagen noch fortgesetzt über mangelnde Belieferung. So ist die Zementindustrie leider noch nicht voll beliefert, obwohl sie in der Lage wäre, bei erhöhter Produktion größere Mengen zur Ausfuhr bereit zu stellen. Kommen wir in den nächsten Monaten zu einer besseren Beschäftigung in der Industrie, so haben wir leider damit zu rechnen, daß die volle Ausnutzung der Konjunktur durch mangelnde Kohlenbelieferung in Frage gestellt wird. Ein solcher Zustand wäre natürlich auch vom Standpunkte der Arbeiterinteressen aus unerträglich, denn unsere Aufgabe muß es sein, keine Behinderung in der Entwicklung der Industrie aufkommen zu lassen. Die Arbeitslosigkeit

hat uns schwere Wunden geschlagen, und es wäre geradezu unerträglich, wenn wir durch ungenügende Leistungen in der Kohlenförderung die Milderung in der Arbeitslosigkeit aufhalten würden. — Die Kohlenversorgung im Osten Deutschlands ist durch den Ausfall der oberschlesischen Kohle sehr dürftig. Kommen wir in einen harten Winter, so werden wir auch im Haushalt den Kohlenmangel schwer empfinden.

Nach dem letzten Bericht über die Lage des Ruhrkohlenbergbaues betrug die Gesamtförderung an Steinkohlen im 2. Quartal d. J. nur 22,6 Mill. To. gegen 23,9 Mill. To. im 1. Quartal. Dieser Rückgang ist im wesentlichen zurückzuführen auf die fast restlose Beseitigung der Uberschichten. Die Belegschaft der Kohlenzechen hat sich im letzten Vierteljahr um 6487 Mann erhöht. Es kann mithin nicht angenommen werden, daß durch Rückgang der Arbeiterzahl die mindere Leistung zu erklären ist. Immerhin würde es ungerecht sein, den Rückgang der Förderung nur auf die Minderleistung der Belegschaft zurückzuführen, vielmehr ist anzunehmen, daß auch die Vertriebsunternehmungen es nicht verstehen, technisch ihre Unternehmungen so zu fördern, daß sie eine erhöhte Produktion erzielen. Gegenüber den vielfachen Anstrengungen der Sozialisierungsbestrebungen ist die Tatsache festzustellen, daß es bei einer vollständig freien Betätigung der Bergwerksunternehmungen nicht möglich war, bisher auch nur annähernd wieder zu den gleichen hohen Lieferungen im Bergbau zu kommen, wie vor dem Kriege. Wenn von den Interessenten behauptet wird, die Sozialisierung bringe die Gefahr in sich, daß wir mit unserer Produktion nicht auf die nötige Höhe kommen, so hat der Privatbetrieb gegenwärtig bereits den Nachweis geführt, daß es ihm nicht möglich ist, das zu erreichen, was uns so oft als Vorzug der freien Wirtschaftsbetätigung gerühmt wurde. Schlimmer kann es bei der Sozialisierung nicht werden, als gegenwärtig bei der freien Wirtschaft.

Zu den internationalen Konzernen, die sich in der Nachkriegszeit aufgetan haben, gehört auch das Stickstoff-Syndikat, dessen Treiben zu verfolgen nicht uninteressant ist. Wie bekannt, hat vor dem Kriege die Verwendung von Chile-Salpeter für die deutsche Landwirtschaft eine große Rolle gespielt. Durch die Herstellung von künstlichem Stickstoff ist der Bedarf nach Chile-Salpeter sehr in den Hintergrund gedrängt, und die Regierung von Chile, die aus der Ausfuhr dieses wertvollen Düngemittels finanziell ein sehr gutes Geschäft macht, sieht sich in den Abnahmefähigkeiten nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen Ländern stark beeinträchtigt. Der Handel ist bis jetzt von englischen Großfirmen beeinflusst, die in Verkenntnis der Lage des Marktes große Bestände von Chile-Salpeter zu hohen Preisen herangezogen haben. Man spricht davon, daß diese zu einem Interessenverband vereinigte Gesellschaft 200 000 Tonnen Chile-Salpeter in Europa lagern habe. Diese Interessenten-Clique geht nun darauf hinaus, künstlich den Preis von Chile-Salpeter auf eine gewisse Höhe zu halten, während zugleich das deutsche Stickstoff-Syndikat den Chile-Salpeterpreis nicht niedriger wünscht als den Preis, den es selber für Natron-Salpeter festsetzt. Dazwischen kommt nun die Regierung von Chile, die wiederum die Störung im Absatz beseitigen will und ihre Preise erheblich zu erniedrigen beabsichtigt, damit die Aufnahmefähigkeit des Marktes gehoben wird. Gegenwärtig sind Bemühungen im Gange, diesen Interessentenkonflikt auszugleichen. Aber zu billigen Preisen werden wir nicht kommen. Das kapitalistische Interesse geht einen anderen Weg. —

Die Nachkriegszeit hat, wie schon wiederholt hervorgehoben wurde, die Tendenz zum Zusammenschluß größerer Betriebe stark gefördert. Sehr bemerkenswert ist ein Ueberblick über die Konzentrationsbestrebungen in der Brauindustrie. Die Beschränkung in der Produktion und damit im Zusammenhang die Verteilung von Kontingenten an die Brauereien hat dazu geführt, daß die kleineren Unternehmungen vielfach stillgelegt wurden und die ihnen erteilten Kontingente an größere Unternehmungen verkauft. Berlin steht in diesen Konzentrationsbestrebungen an der Spitze. Es handelt sich heute nur noch um drei maßgebende größere Unternehmungen, von denen das eine, die Ostwerke — Schultheiß-Wagenhofer-Kahlbaum — sogar dazu übergegangen ist, sich bedeutsame Unternehmungen der Likör- und Spiritfabrikation anzugliedern. Die Folge dieser Konzentrationsbestrebungen ist, daß von den 23 229 Brauereibetrieben in Deutschland im Jahre 1913 zurzeit noch etwa 7500 in Betrieb sind.

Die Warenversorgungsstelle der Gewerkschaften, die, aus staatlichen Mitteln unterstützt, in der Zeit der schwersten Krise in der Textilindustrie durch Abnahme von Waren eine Erleichterung schuf, wird jetzt reichlich mit Undank gelohnt. So behauptet die Textilindustrie, sie sei gegenwärtig genügend beschäftigt, und der Handel beschwert sich über die ihm unangenehme Konkurrenz. Beide Ar-

garmente können nach unserer Auffassung nur dazu dienen, dieses Unternehmen noch weiter zu stützen, und es ist erfreulich, daß die Regierung vor kurzem abermals einen, wenn auch geringen Betrag zur Förderung des Unternehmens zur Verfügung gestellt hat. Die Bemühungen der Warenverkaufsstellen haben in der Arbeiterschaft allgemein Anerkennung gefunden, und es steht wohl zu hoffen, daß die Gewerkschaften mit der nötigen Entschiedenheit für die Aufrechterhaltung dieser Unternehmungen tätig sind.

Die Regierung hat ihr Steuerprogramm aus den unklaren Andeutungen herausgehoben und die Weise bekanntgegeben, die den Reichstag in den kommenden Tagen beschäftigen werden. Allerdings sind uns die Einzelheiten der Vorlagen nur dürftig skizziert; aber wir kennen nun den Kurs, der eingeschlagen werden soll. Das Programm wird nicht gerade mit ungeteilter Freude aufgenommen; aber es scheint, als ob von rechts der Widerstand weniger entschieden ist, als in den linksstehenden bürgerlichen Kreisen. Diejenigen, die sich mit den Finanzfragen beschäftigt haben, sehen zu ihrem Entsetzen, daß auf dem hier beschrittenen Wege der Steuergesetzgebung das große Loch in unserem Reichsetat für absehbare Zeit nicht geschlossen werden kann. Das bedeutet aber, daß wir weiter zur Notenspreiße greifen, und daß mit der Notenspreiße die weitere Entwertung unserer Zahlungsmittel eintreten muß, dem auf der anderen Seite eine Erhöhung der Preise auf dem gesamten Warenmarkt entgegensteht. Es kommt ferner hinzu, daß die Berechnung, die seinerzeit vom Reichsfinanzministerium aufgestellt wurde, wonach wir in der Einfuhr auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung große Ersparnisse machen können, da die heimische Produktion in erhöhtem Maße unseren Bedarf decken könne, als eine verfehlte Spekulation zu erachten ist. Wir werden unter der freien Getreidewirtschaft und dem Ergebnis der Ernte nicht eine Verminderung der Einfuhr an Lebensmitteln, sondern eine Erhöhung zu erwarten haben. Das bedeutet wiederum eine größere Inanspruchnahme von Zahlungsmitteln für die Deckung dieser Einkäufe und damit ein weiteres Abwärtsgleiten in unserer Finanzlage. Wenn sich die Regierung nicht entschließt, unter diesem Zwang der Verhältnisse stärker in den Weg einzugreifen, als sie nach ihrem Steuerprogramm beabsichtigt, so können wir in eine politisch und wirtschaftlich schwere Katastrophe hineingeraten. Die Sozialdemokratie wird all ihren Einfluß aufbieten müssen, um die Bemühungen, die vom Reichswirtschaftsministerium ausgehen, für die auch die Zustimmung in der sozialdemokratischen Fraktion und der unabhängig-sozialdemokratischen Partei vorhanden ist, mit aller Entschiedenheit zu stützen und zu fordern, daß die unentschlossene Haltung der Regierung aufgegeben wird. Parte Zeiten und außerordentliche Umstände erfordern auch die Anwendung von Mitteln, die über das altgewohnte Schema hinausgehen. Kann sich die Regierung zu diesem Entschluß nicht aufraffen, so wird sie im Welt nicht die Unterstützung finden, die sie für ihr weiteres Bestehen so notwendig braucht.

Aus unserem Beruf.

Altsaldensleben. Bei der Firma Otto Scheidt ist eine Kollegin beschäftigt, die Anspruch auf die sogenannte soziale Zulage, auf Kinderzulage, hat. Nachdem die Firma sich ein halbes Jahr von der Zahlung dieser Zulage gedrückt, ließ sich die Kollegin überhöpfeln, indem sie sich einverstanden erklärte, daß die Nachzahlung nicht vom 1. Januar, sondern erst vom 1. April ab erfolge. Die Zahlstellenverwaltung setzte die Kollegin leider nicht in Kenntnis, sondern schenkte der Firma großmütig 288 Mk. Als nun der Mann dieser Kollegin, der vollkommen invalide und jahrelang krank ist, in einer Obstplantage die Wächterstelle übernahm, zeigte sich die Firma Scheidt dieser Kollegin gegenüber ebenso großmütig, indem sie ihr die Kinderzulage sofort entzog, gleich in der ersten Woche, in der der Mann den Wächterposten angetreten hatte. Wahrscheinlich sieht unsere Kollegin nunmehr ein, daß sie einen Fehler begangen, indem sie nicht auf ihrer berechtigten Forderung bestanden und Nachzahlung ab 1. Januar verlangte. Möge dieser Fall allen Mitgliedern Anlaß sein, sich in allen Fällen an die Zahlstellenverwaltung zu wenden. Wie kleinlich manche Unternehmer sind, wenn es sich um die Pfennige handelt, zeigt dieser Fall wieder einmal deutlich. Solchen Unternehmern gegenüber ist irgendwelche Rücksicht nicht am Platz.

Breslau. Die Firmenandränge betreffenden Zuschriften sind zu richten an Carl J. J. J., Breslau, Schillerstr. 21, 1 Tr.

Dresden und Umg. Vertätigung. In der Nr. 30 der „Ameise“ bringt ein Versammlungsbericht der Zahlstelle Potschappel angebliche Vertätigungen des Unterzeichneten zur Sprache. Der „Ameise“-Kollegen wegen sei es mir gestattet, kurz auf die Unschuldigkeiten zu erwidern.

Letztliche Gründe versagen mir ein näheres Eingehen auf die erste Beschwerde an dieser Stelle. Der Fall wird aber von mir in aller Ausführlichkeit widerlegt und der nächsten Zahlstellen-

versammlung in Potschappel unterbreitet werden. Außerdem wird Genosse Griesbach der Potschappeler Verwaltung Gelegenheit geben, sich ihren Irrtum von ihm bestätigen zu lassen. Hier sei nur betont, daß dem Unterzeichneten von Potschappel in dieser Sache kein Auftrag gegeben wurde und keiner gegeben werden konnte. In unserer letzten Verwaltungssitzung bekamen wir aber durch den Genossen Griesbach den Schlüssel geliefert, der uns ein klareres Sehen in dieser Angelegenheit nunmehr ermöglicht. Und gerne nehme ich nach den gehörten Ausführungen Griesbachs nun an, daß weder Absicht noch Böswilligkeit den falschen Bericht diktierte.

Die zweite Beschwerde bewegt sich in entgegengesetzter Richtung und beruht auf einem tatsächlich stattgefundenen Inverbindungtreten des Unterzeichneten mit der Firma Kumpich. Dieser Fall hat aber allgemeines Interesse, weil er sich des öfteren auch in anderen Betrieben abspielt, was ja durch die Praxis der Schlichtungsausschüsse erwiesen wird. Deshalb soll er hier dargestellt werden; unsere Potschappeler Kollegen werden dann auch die Schwere meiner Verfehlung erkennen.

Vor etwa 4 Monaten kommt ein Malerkollege von Potschappel zu mir und will von Dresden Unterstützung haben, die ich nach Lage der Dinge ablehnen muß. Der Kollege legte mir seinen Entlassungsschein vor, aus dem zu ersehen war, daß er aus Arbeitsmangel den Betrieb verlassen mußte. Da ich wußte, daß in Potschappel die Bedingungen des § 12 der Verordnung vom 12. Februar 1920 noch nicht erfüllt waren, um zu Entlassungen schreiten zu können, fragte ich den Kollegen, ob er sich nicht an den Betriebsrat gewandt habe. Die Antwort lautete: „Dieser hat keine Zustimmung zu der Entlassung gegeben.“ Meine weitere Frage, ob die Firma das Feriengeld ausgezahlt hat, wurde verneint. Da im vorliegenden Falle der fragliche Kollege trotz der Zustimmung des Betriebsrates den Schlichtungsausschuß hätte anrufen können, hielt ich es für ratsam, die Betriebsleitung erst noch einmal anzurufen, bevor ich dem Kollegen Ratschläge gab. Von dort erfuhr ich nun, daß der Kollege ja mit Zustimmung des Betriebsrates entlassen wurde. Auf meinen Hinweis, daß dieser bei Entlassungen aus Arbeitsmangel ebenfalls nicht verhindern könne, daß der Entlassene versucht, sein Recht beim Schlichtungsausschuß zu suchen, wurde mir die Antwort gegeben, daß der Kollege wohl aus einem anderen Grund entlassen worden sei, man werde mit dem Betriebsrat nochmals Rücksprache nehmen. Wegen des vorenthaltenen Feriengeldes sollte der Kollege nochmals in den Betrieb kommen.

Soweit meine Verfehlung. Zwei Tage darauf war schon ein Verwaltungsmitglied bei mir und machte mir die heftigsten Vorhaltungen. Dabei erfuhr ich, daß der Entlassungsschein nicht den wahren Entlassungsgrund enthalten sollte, sondern daß mangelhafte Arbeit maßgebend für die Abkehr war. Ueber 2½ Jahr hatte der Entlassene im Betrieb gearbeitet. Mein Hinweis darauf wurde von dem mich besuchenden Verwaltungsmitglied damit abgefertigt, daß in Zeiten guten Geschäftsganges auch minderwertige Arbeiten abgesetzt werden könnten, bei mangelnden Aufträgen solche Arbeiter aber nicht zu halten seien. Wir sind bestimmt die letzten, die einen liederlichen Arbeiter in Schutz nehmen, doch mir miß dünken, daß ein solcher, wenn seine Arbeiten bei flottem Geschäftsgang absetzbar waren, sich während einer klaren Zeit doch noch zu einem wirklich brauchbaren Arbeiter entwickeln kann.

Uhlmann. Elmshorn. Zu der in Nr. 31 der „Ameise“ gebrachten Mitteilung uns der angegriffene Oberdreher Bredde eine Entgegnung, der wir aus Gerechtigkeitsgründen glauben, Raum geben zu sollen. Bredde bestreitet, seine grundsätzliche Auffassung von der Arbeiterbewegung gewechselt zu haben. Daß er als Oberdreher nicht mehr Vorsitzender des Betriebsrates sein konnte, demzufolge dieses Amt niederlegen mußte, als er seinen Posten antrat, hält er für selbstverständlich. Daraus könne ein „Ueberbordwerfen aller bisherigen Grundsätze“ doch nicht gefolgert werden.

Den Anwurf, ein getreuer Diener des Kapitals geworden zu sein, weist B. energisch zurück und betont, daß er in der politischen Arbeiterbewegung nach wie vor tätig sei und auch noch Vertrauensämter in derselben bekleide. Auch in der Konsumgenossenschaftsbewegung in E. bekleide er heute noch Vertrauensämter.

Für die Behauptung, daß er (Bredde) eine kritische Situation im Betriebe geschaffen, konnte in einer Aussprache zwischen Firma und Betriebsleitung mit dem Betriebsrat kein Beweis erbracht werden.

Farge. In der hiesigen Steingutfabrik sind Lohndifferenzen ausgebrochen. Bezug ist fernzuhalten. Näheres in nächster Nummer.

Metlach. Die Steingutfabrik von Billerod & Koch, sowie das neben der Fabrik gelegene Schloß wurden durch ein Brandunglück zerstört. Der entstandene Schaden wird auf 10 Millionen Mark geschätzt.

Wettlach. Die Arbeiterschaft der Steingutfabriken von Wille-
roy & Woch in Wettlach und Wallerfangen, sowie in der Terra-
kottfabrik Wierzig stehen seit dem 18. Juli wegen Lohnforderungen
im Streik.

Engh. Die am 9. und 10. d. M. tagende Tarifkommission,
bestehend aus Mitgliedern der Zahlstellen Engh, Wäbendorf und
Goldlauter, besaßte sich mit dem am 30. September ablaufenden
Manteltarif und Lohnabkommen, und werden folgende Änderun-
gen gefordert:

1. Die Ortsklassen nicht mehr wie bisher in vier, sondern nur
in zwei Klassen zu teilen.

Begründung: Um das Ungerechte in dem Vierklassensystem zu
mildern.

2. § 18 hinzufügen: Als Facharbeiter gelten Brenner,
Schleifer, Bader, sofern sie drei Jahre in der betreffenden Sparte
gearbeitet und als qualifiziert gelten. Die Prüfung der Leistungs-
fähigkeit entscheidet Betriebsrat und Geschäftsleitung.

3. Zu § 25 wird die tarifliche Entlohnung jugendlicher Ar-
beiter unter 16 Jahren gefordert. Alford ist für diese unzulässig.

4. § 40. Wird der Urlaub nicht mehr nach Betriebsjahren,
sondern nach Berufsjahren und als Mindesturlaub 6 Tage, steigend
bis zu 12 Arbeitstagen, gefordert.

Betreffs des Lohnabkommens wird, da die Preisbildung bis
zum Ablauf des Tarifs noch nicht zu übersehen ist, beschlossen, eine
formulierte Forderung vorläufig noch nicht zu stellen.

Aber den Weltmarktpreisen entsprechend müssen unbedingt
Weltmarktlöhne, unserer Auffassung nach mindestens das 20fache
der Vorkriegslöhne, zur Geltung kommen.

Von Schlesien und Sachsen (Bezirk Schlesien). Am Sonn-
tag, den 7. August, tagte in Hirschberg i. Schl. eine Konferenz
des Bezirkes Schlesien. Es wurde Stellung zu dem ablaufenden
Tarif genommen. Außer Peterwitz waren alle Zahlstellen durch
46 Delegierte vertreten. Die Tagesordnung lautete: Tariffragen
und Stellungnahme zum künftigen Vertragsverhältnis. Verbands-
angelegenheiten und verschiedene Fragen.

Nach Worten über die Bedeutung des Beratungstoffes für
die Organisation sowie dem Hinweis, daß für die kommenden Ver-
handlungen der Hauptvorstand eine kundige Person, die die Fragen
des Arbeiterrechtes sowie die bezüglichen Gesetze — Reichs- und
Landesverordnungen — vollständig beherrscht, mit heranzuziehen
habe, beschloß die Konferenz, sich bei Aufforderung seitens des
Hauptvorstandes an der Beratung zu beteiligen.

Die gesammelten Erfahrungen im Betriebe sowie in Schlich-
tungsstellen zeitigten bei den anwesenden Verwaltungsmitgliedern,
Betriebsratsvorsitzenden und Besitzern des Gewerkschaftsamtes einen
lebhaften Austausch. Beschlissen wurde, daß im neuen Tarif die
Lehrlingsfrage sowie die Verhältnisse der Jugendlichen unter 16
Jahren geregelt werden sollten.

Trotzdem die Konferenz der Meinung ist, daß unter Beach-
tung der gesetzlichen Vorschriften und Verordnungen der Tarif auf
eine ganz neue Grundlage gestellt werden müsse und der Hauptvor-
stand ersucht wird, einen Entwurf vor den Verhandlungen auszu-
arbeiten und den Zahlstellen zuzusenden, beschließt die Tagung eine
Durchsprechung des bisherigen Tarifes.

Zu § 2 wird befunden, daß bei der jetzigen Wirtschaftsform
und Lage die bisherige Anzahl der Ortsklassen zu vereinfachen sei.
Grundsätzlich wird erklärt, daß nicht allein für das industriereiche
Sachsen und Schlesien, sondern für das ganze Verbandsgebiet zwei
Ortsklassen zur Einführung gebracht werden müssen.

Das Mitrede- und Mitbestimmungsrecht der Obmänner und
Betriebsratsmitglieder bei Einstellungen, Entlassungen, Versetzungen
in andere Abteilungen ist auszubauen. Desgleichen ist die
Bezahlung der Wochenfesttage, die Vollbezahlung bei Kurzarbeit
während der ersten zwei Wochen im Tarif festzulegen. Bei uner-
höflichen Arbeitsunterbrechungen muß entsprechend dem § 616 des
BGB die Vergütung gewährt werden. § 9 des jetzigen Tarifes
ist dementsprechend zu reformieren.

Die Konferenz spricht sich weiter grundsätzlich für die 48-
stündige Arbeitszeit der Brenner und Schmelzer aus. Bei dem
Bestreben des organisierten Arbeitertums, den Gewerkschaftlern
aus der Ueberzeitwilligung für einzelne Sparten einer Industrie
einen Strich dadurch zu drehen, daß man diese Ueberstunden als
erbrachten Beweis für die Undurchführbarkeit des achtstündigen Ar-
beitsnorms durch die Arbeiter selbst hinstellt, muß mit Nachdruck an
der reiflichen Einführung der 48stündigen Arbeitswoche für alle
Arbeiter der Industrie gearbeitet werden. Bei dem Stande der
Technik hält die Konferenz diese Arbeitszeit bei den Brennern für
durchführbar.

Die vorhandenen Altersklassen müssen auf zwei reduziert wer-
den, 16 bis 20 Jahre und über 20 Jahre. Die Begründung ergibt
sich aus der Wirtschaftslage.

Die wichtige Frage: „Wie sollen unsere älteren Kollegen ent-
lohnt werden?“ beantwortet die Konferenz dahingehend, daß alle
Alfordarbeiter und -arbeiterinnen, die das 45. Lebensjahr zurück-
gelegt haben, im Zeitlohn zu beschäftigen sind. Als Entlohnung
steht denselben die Alfordbasis zu.

In der Urlaubsfrage deckt sich die Meinung der Delegierten
mit der Ansicht der Hemsdorfer Kollegen.

Arbeitsmittel und alles benötigte Material sind frei zu liefern.
Der § 34 ist in diesem Sinne umzustellen.

Zu dem heutigen Produktionsprozeß, wo der Gestaltungs-
arbeiter von jedem Mitrede- und Mitbestimmungsrecht ausge-
schlossen ist, jedoch zur Dedung der Defekte herangezogen wird, er-
klärt die Konferenz, daß die Betriebsleitungen die Defekte bei dieser
Arbeitsmethode im vollen Ausmaß allein zu tragen haben, und be-
antragt die Streichung des § 38 des jetzigen Tarifes. Eine weitere
Reihe Paragraphen und Einfügungen des jetzigen Tarifes erachtet
die Konferenz als Ballast. Von der dem Hauptvorstand zuge-
stellten Detaillierung soll hier Abstand genommen werden.

In bezug auf das Lohnabkommen bringt die Konferenz zum
Ausdruck, daß die jetzigen Lohnsätze absolut zu niedrig seien. Unter
Beachtung der gegenwärtig sehr hoch gespannten Verkaufspreise
für die Lebens- und wichtigen Bedarfsartikel, des weiteren, daß
das Streben, die Verkaufspreise im Inland den Weltmarktpreisen
immer mehr anzupassen, rapid um sich greift, wodurch die Lebens-
haltung der werktätigen Bevölkerung in Verbindung mit bedeutend
erhöhten Steuer- und Mietslasten immer weiter herabgedrückt
wird, beantragt die Konferenz als Ausgleich die Erhöhung der
Mindestlöhne um 100 Proz. bei Beibehaltung der sozialen Zu-
lagen.

Bei Wegfall der sozialen Zulagen hat eine weitere Erhöhung
um 25 Proz. zu erfolgen. Mit dieser Festlegung zum Lohnab-
kommen hatte sich der erste Teil erledigt.

Folgende Resolution ist der Niederschlag der Diskussion des
folgenden Teiles der Tagesordnung:

In Anbetracht der gegenwärtigen enormen Preissteigerung
für Molkereiprodukte, Kartoffeln usw., ferner im Hinblick darauf,
daß ab 15. August eine außerordentliche Brotverteuerung in Kraft
tritt, die folgerichtig eine weitere Versteigerung der anderen not-
wendigen Nahrungsmittel- und Bedarfsgegenstände nach sich ziehen
muß, hält die Konferenz eine Neuregelung der Löhne und Gehälter
vor dem 1. Oktober für unumgänglich notwendig. Sie ersucht da-
her den Hauptvorstand, unverzüglich mit dem Arbeitervorstand
in Verhandlungen zu treten zwecks Ausgleich der Löhne auf
Grund der eingetretenen und noch zu erwartenden Teuerung für
die Zeit bis 30. September d. J.

Die Einheitlichkeit der grundsätzlichen Auffassung zum Tarif-
wesen sowie die Sachlichkeit aller Teilnehmer lassen erhoffen, daß
diese Konferenz zur Klärung dieser Fragen über den Bezirk hinaus
beigetragen hat.

Am 25. August sind 50 Jahre verflossen, seit unser Mit-
glied, der Porzellanmaler **Johann Wassenberg** bei der Firma
L. Wessel als Lehrling eintrat. Wir bringen dem Jubilar die
herzlichsten Glückwünsche dar verbunden mit dem Wunsche, daß
es ihm vergönnt sein möge, noch lange Jahre im Kreise seiner
Kollegen in bisheriger Frische und Rüstigkeit zu verweilen.

Zahlstelle Bonn.

Verwaltungsberichte.

Ellenberg. Unsere Monatsversammlung vom 4. August war sehr
gut besucht und beschäftigte sich hauptsächlich mit der Stellungnahme zum
neuen Tarif. Unter „Geschäftliches“ kamen u. a. einige Neuaufnahmen und
der Kassenbericht vom 2. Quartal zur Kenntnis. Verbandskasse: Einnahmen
22 612,85 Mk., Ausgaben 21 580,30 Mk., Bestand 1062,55 Mk. Lokal-
fonds: Einnahmen 5929,69 Mk., Ausgaben 2798,23 Mk., Bestand 3131,23
Mk. Mitgliederbestand am Schlusse des 2. Quartals: 240 Männliche,
507 Weibliche, zusammen 747. Die Revisoren stellen die Richtigkeit fest und
wird auf Antrag derselben dem Kassierer Entlassung erteilt. Dann wurde
der Kartellbericht entgegengenommen. Der Vorsitzende gibt bekannt, daß
in Jena eine Konferenz mehrerer Zahlstellen getagt hat, die Vorarbeiten
zum neuen Tarif erledigte, sowie Kahla beauftragte, eine neue Konferenz
in der nächsten Zeit einzuberufen. Hierzu machte sich die Wahl dreier De-
legierten nötig. Es wurden gewählt die Genossen Bartel, Sitz und Karl
Obst. Punkt 2: Stellungnahme zum neuen Tarif. Der Vorsitzende er-
läuterte nochmals, welche Vorteile und Nachteile der Tarif in mancher
Hinsicht brachte. Es müsse darauf hingewirkt werden, daß der neue Tarif
besser werde, und möchten sich die Mitglieder recht lebhaft an der Aus-
sprache beteiligen. Es wurden dann auch mehrere Anträge hierzu gestellt,
welche man im neuen Tarif festgelegt wissen wollte. Die Delegierten wer-
den bei den neuen Verhandlungen ihre Pflichten zu erfüllen trachten. Unter
„Verschiedenes“ kamen noch örtliche Sachen zur Sprache. Unter dem Hin-
weis, die Versammlungen immer so gut zu besuchen, wurde die Versamm-
lung geschlossen.

Hörsheim. Die am Dienstag, den 2. August, stattgefundene Zahl-
stellenversammlung war gut besucht. Auf der Tagesordnung stand Stel-
lungnahme zum neuen Lohn- und Manteltarif. Der Vorsitzende, Kollege
Schultheis, machte darauf aufmerksam, daß Gauleiter Jahn anwesend ist
und einen Vortrag über „Die wirtschaftliche Lage“ halten wird, da unser

Manteltarif von Seiten der Arbeitgeber gekündigt worden ist. Kollege Zahn gab einen ausführlichen Bericht, wobei sich eine lebhafteste Debatte entspann über das Lohnklassensystem. Die Kollegen der Zahlstelle Hirsheim sind einstimmig der Meinung, das Lohnklassensystem ganz verschwinden zu lassen. Im allgemeinen werde unter den Kollegen der Wunsch geäußert, einen Bezirksrat für das besetzte Gebiet Rheinland und Westfalen zustande zu bringen, der sich den Tarifen der anderen gewerkschaftlichen Verbände im besetzten Gebiet gleichstellt. Unter anderem wurde auch von den Kollegen über verschiedene Paragraphen im Reichstarif Stellung genommen. Es wurde beschlossen, eine Kommission zu bilden, die den Reichstarif und das bevorstehende Lohnabkommen vorzubereiten hat.

Traureuth. Die am 6. August stattgefundene außerordentliche Zahlstellenversammlung erfreute sich eines guten Besuches. Der auf der Tagesordnung stehende Punkt: „Stellungnahme zum Tarif“, interessierte die Anwesenden wohl am meisten. Die im krassen Gegensatz zum Wohle der Arbeiter bestehenden Paragraphen des zur Kündigung gelangten Tarifs wurden einer mehrstündigen scharfen Kritik unterzogen. Es gelangte nachfolgende Resolution einstimmig zur Annahme:

„Die am 6. August stattgefundene außerordentliche Zahlstellenversammlung erhebt schärfsten Protest gegen den zurzeit bestehenden Tarif. Sie fordert den Hauptvorstand auf, bei den künftigen Tarifverhandlungen zu fordern: 1. Eine 100 prozentige Lohnhöhung auf die Mindestverdienste und eine bessere Berücksichtigung der Nichtfabrikanter. 2. Daß diejenigen Betriebe, die in die Klasse 1 der Qualitätsarbeiter eingereiht sind, auch nach der Ortsklasse 1 zu entlohnen sind. 3. Urlaub nach dem Alter zu bemessen. 4. Die soziale Zulage für Kinder bis zur Schulentlassung. 5. Den § 9, Abs. c so auszubauen, daß keine Irrtümer mehr vorkommen können bei Entlohnung für die Zeit des Arztbesuches. 6. Im § 10 muß es heißen „Arbeiterkategorien“.

Die Versammelten hoffen, daß bei den kommenden Verhandlungen sich die Arbeitervertreter nicht mit Appalien in der Tasche nach Hause begeben.

Wünsche sich die arbeitende Masse endlich einmal ihrer Kraft bewußt werden und dem Unternehmertum zeigen, daß sie sich nicht nochmals mit so einem Lohnstarif zufrieden gibt. Lieber eine tariflose Zeit, als einen Tarif haben, der einem noch nicht einmal das sichert, was Dr. A. Kurjanski als Existenzminimum erachtet; die großen Portionen, die in diesen Statistiken enthalten sind, wollen wir gar nicht weiter erörtern.

Allen an den kommenden Verhandlungen teilnehmenden Arbeitnehmern rufen wir zu: „Werdet hart wie Eisen; laßt Euch nicht betören von dem Gejammer über die heutigen politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse.“

Gräffenthal. Die am 1. August abgehaltene Zahlstellenversammlung erfreute sich eines guten Besuches. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende, Genosse Ellmer, des plötzlichen Ablebens des Kollegen Wagner. Die Versammlung ehrte das Andenken des Verstorbenen in der üblichen Weise. Weiter gibt der Vorsitzende bekannt, daß jeden ersten Montag im Monat die Zahlstellenversammlung stattfindet und Einladungen nur noch für außerordentliche Versammlungen erfolgen. Die Mitglieder wollen dies für die Zukunft beachten und immer für guten Besuch sorgen. Das Verhalten eines Kollegen bei der Firma Schneider gegen einen anderen Arbeitskollegen gegenüber wird gebührend gerügt und die Erwartung ausgesprochen, daß solche Dinge sich nicht wiederholen, da sonst die Organisation geeignete Maßnahmen ergreifen müßte. Der Geschäftsbericht vom 2. Quartal wird vom Geschäftsführer gegeben und genügend erläutert. Derselbe weist infolge der großen Erwerbslosigkeit eine erhebliche Arbeitslosigkeit auf. Den Revisionsbericht gibt Genosse Terzer frei, worauf einstimmige Entlastung des Kassierers erfolgt. Ueber die Kündigung des Manteltarifs und der damit in Verbindung stehenden Fragen referiert Genosse Erdmann. In der Debatte werden eine Anzahl Wünsche laut, die durch die Verwaltung zu Anträgen verdichtet werden sollen, um eine Verbesserung des Manteltarifs zu erlangen. Dort, wo die Möglichkeit besteht, soll in Betriebsversammlungen zu dem Manteltarif Stellung genommen und das Resultat einer demnächst stattfindenden Sitzung unterbreitet werden. Nachdem noch Kollege Ellmer Bericht von der Betriebsrätekonferenz gegeben hat, an den sich eine lebhafteste Diskussion anschließt, tritt 1/2 12 Uhr Schluß der gut verlaufenen Versammlung ein.

Jhemen. Unsere letzte Zahlstellenversammlung konnte in Anbetracht der wichtigen Tagesordnung besser besucht sein. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung durch Erheben von den Vätern das Andenken des verstorbenen Kollegen Weigel. Zum Punkt „Mitteilungen“ gab der Vorsitzende, Kollege Voigt, bekannt, daß für den erkrankten Kollegen H. Samellisten zirkulieren sollen. Die bei dem Streik in Großbreitenbach geleistete freiwillige Unterstützung ist nachträglich vom Hauptvorstand auf die Hauptkasse übernommen worden. Der Geschäftsbericht für das 2. Quartal wurde vom Kollegen Brehme erstattet. Daraus ist hervorzuheben, daß für 53 männliche und 25 weibliche Mitglieder für 913 Tage 3234,50 Mk. Arbeitslohnunterstützung, und für 70 männliche und 56 weibliche Mitglieder für 2130 Tage 10 410,60 Mk. Krankenunterstützung gezahlt wurde. An die Hauptkasse wurden 20 000 Mk. geschickt. Der Mitgliederbestand hat sich auf 1045 Männliche und 891 Weibliche, zusammen 1936 erhöht. Auf Antrag der Revisoren wurde einstimmig Entlastung erteilt. Punkt 3: Manteltarif. Den Bericht über die letzte Betriebsrätekonferenz, in welcher der Manteltarif einer Forderung unterzogen wurde, gab Kollege Herzer. Sämtliche Überberungs- bzw. Verbesserungsentwürfe wurden gutgeheißen. Im weiteren Verlauf der Diskussion brachte Kollege Herzer die Entschärfung der Zahlstelle Kahle zur Verlesung. Die Versammlung erklärte sich voll und ganz damit einverstanden und kam in der Diskussion weiter zum Ausdruck, daß es sich um ein Problem handelt, falls die Unternehmer auf ihren Streikdruck bestehen, bis die Konsequenzen aus der dann eintretenden Situation zu ziehen. Es wurde im weiteren Verlauf der Aussprache noch einstimmig ein Antrag von Genosse Herzer gestellt: „Der Hauptvorstand wird die Delegierten zu beauftragen, bei den Lohnverhandlungen einen den Tarifverhältnissen entsprechenden Aufschlag zu verlangen“, angenommen. Der Ausschuß hat nicht erstattete Kollege Gräff. Befandenes ist nicht hervorzuheben, außer der Arbeitslosenfrage, und dazu soll erst nachmals Stellung genommen werden. Den Bericht der letzten Zahlstellenversammlung gab Kollege Voigt, er bittet die Betriebsräte, bei wichtigen Beschlüssen sich nicht zu erweisen. Mit dem Appell an die Kollegen und Kollegen, in Zukunft sich mehr an Organisationsleben zu beteiligen, schließt die Versammlung und Sitzungen zu besuchen, damit wir jederzeit vorbereitet und gerüstet den Unternehmern entgegenzutreten können, schließt der Vorsitzende die Versammlung.

Kahle. Die am Mittwoch, den 10. August, stattgefundene Zahlstellenversammlung war sehr stark besucht. Eine ganze Reihe von Mitgliedern nahm teil an der Versammlung. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung das Andenken des verstorbenen Kollegen Max Schmidt aus Großreuthersdorf in der herkömmlichen Weise. Zum Punkt 2 der Tagesordnung berichtete Genosse Christian Koch ausführlich über die letzte Sitzung des Ortsausschusses des ADGB. Nach dem Bericht hatte sich der Ortsausschuß zu befassen mit der Aussperrung der gesamten Bauarbeiter am Orte und der näheren Umgebung, die von den Unternehmern deshalb kurzerhand ausgesperrt wurden, weil sie die Vermessenheit besäßen, Forderungen auf Bezahlung nach dem Tarif für das Baugewerbe zu stellen. Die Angelegenheit hatte für die Porzellanarbeiter am Orte insofern besondere Bedeutung, als der Betrieb von C. H. Lehmann & Sohn in den Kreis der Bewegung mit einbezogen war. Dadurch drohten auch Differenzen für die Porzellanarbeiter sich herauszubilden, weil gelernter Maurern in diesem Betriebe, die aber nicht als Maurer arbeiten und in unserem Verbände organisiert sind, zugemutet wurde, Arbeiten zu verrichten, die sonst ein an der Aussperrung beteiligter, im Bauarbeiterverband organisierter Maurer als Ofenmurer verrichtete. Das wurde von der gesamten Betriebsbelegschaft abgelehnt, weil die zu verrichtende Arbeit Streikarbeit darstellte. Der Betriebsinhaber erklärte hierauf, den Betrieb schließen zu müssen, wenn die Arbeiten nicht verrichtet würden. Dies ist abgewendet worden. Ferner hatte sich der Ortsausschuß zu unterhalten über die am Orte herrschenden Steuerungsverhältnisse, von denen gesagt werden muß, daß sie bezüglich der Preise für die verschiedensten Lebensmittel und Gegenstände des täglichen Bedarfs um ein Bedeutendes über die Verhältnisse der Großstadt hinausragen. Die Aussprache über den Bericht war eine lebhafteste. Bezüglich der Aussperrung der Bauarbeiter gaben die Kollegen Vögner und Meinhardt entsprechende Aufklärungen, soweit dies zu dem Konflikt mit der Betriebsleitung von C. H. Lehmann & Sohn notwendig war. Die Steuerungsverhältnisse im allgemeinen unterzieht Genosse Meinhardt noch besonderer Kritik und findet er die treffenden Worte zu dem Verhalten der Landagrariere im allgemeinen und zu dem seitens des „Brandenburgischen Landbundes“ geplanten Pflanzstreik im besonderen, dessen Aufruf er als ein Dokument für unserer Zeiten Schande bezeichnet und der Versammlung eindringlichst zu Gemüte führt, daß die gesamte Arbeiterschaft aus diesem Aufruf in bezug auf Organisation und Einmütigkeit sehr viel lernen kann. Im weiteren berichtet Genosse Franz Dietrich ausführlich über die am 17. Juli 1921 in Jena stattgefundene Konferenz der Zahlstellen Ostthüringens und nimmt Genosse Meinhardt noch besonders Gelegenheit, an Hand ihm vorliegender Geschäftsberichte von Aktiengesellschaften der Porzellan- und anderer Industrien, sowie von Finanzinstituten, die Zabel von der Unrentabilität der kapitalistischen Unternehmungen und deren Ruin infolge der „hohen Löhne und Gehälter der Arbeiter und Angestellten“ zu zerstören. Er erklärt unter Beifall der Versammelten, daß die Löhne und Gehälter der Arbeiter und der unteren Angestellten in gar keinem Verhältnis nicht nur zu den Steuerungsverhältnissen, sondern auch zu den erzielten Gewinnen und Uberschüssen der Betriebe aller Art stehen, und deshalb die Schlussfolgerung zu ziehen für die Arbeiterschaft leicht sein muß. Ein Dankschreiben des Kollegen Wollmann nimmt die Versammlung zur Kenntnis. Gegen böswillige Verleumder und Ehrabschneider gegen Betriebsräte und Verwaltungsmitglieder soll gerichtlich vorgegangen werden und bewilligt die Versammlung gegen eine Stimme die erforderlichen Mittel. Den Schluß der Versammlung bildet ein Bericht des Bibliothekars, Genossen Kessler, über den Stand der Gewerkschaftsbibliothek am Orte, und ist dieser Bericht eine einzige große Anklage gegen die Verwüster des wertvollen Materials, welches unter großen Mühen und Opfern von den alten Verbandsmitgliedern der Vorkriegszeit zusammengetragen wurde. Trotz wiederholter Aufforderung sind Bücher, die schon jahrelang in den Händen eines Lesers sind, noch nicht zurückgegeben, so daß den Bücherverwaltern nicht möglich war, eine gründliche Inventur vorzunehmen. Zur Verlesung bringt Genosse Kessler eine umfangreiche Liste von Verbandsmitgliedern, die an diesen unhaltbaren Zuständen beteiligt sind. Wir hoffen und erwarten, daß durch die öffentliche Bekanntgabe der Namen solcher Gleichgültigen geordnete Zustände in der Bücherei eintreten. In diesem Zusammenhang wollen wir nicht verfehlen, darauf zu verweisen, daß die Bücher, die eine unerschöpfliche Fundgrube des Wissens und der Bildung, beides notwendige Faktoren im Befreiungskampf der Arbeiter aus den Fesseln des kapitalistischen Zwangs, darstellen, sorgfältig behandelt werden müssen. Insbesondere dürfen Bücher der geringeren Alters nicht mit dem Abholen der Bücher aus der Bibliothek betraut werden. An solche werden keine Bücher mehr verabsolgt. In Anbetracht der nun wieder länger werdenden Abende, wo das Lesebedürfnis wieder steigt, fordern wir unsere Mitglieder zur regen Inanspruchnahme der Bücherei dringend auf und bitten natürlich ebenso dringend, die Bücher zu schauen und dieselben nach dem Gebrauch sofort wieder zurückzugeben.

Könitz. Die am 13. August stattgefundene Zahlstellenversammlung beschäftigte sich hauptsächlich mit der Stellungnahme zum neuen Tarif und Lohnabkommen. Es werden die Berichte von Hermsdorf und von der Konferenz der ostthüringischen Zahlstellen aus der „Ameise“ verlesen und der Durchberatung unterzogen. Die versammelten Porzellanarbeiter und -arbeiterinnen beschlossen hierauf einstimmig, sich den Beschlüssen der Zahlstelle Hermsdorf und der Konferenz der ostthüringischen Zahlstellen anzuschließen. Weiter fordern wir vom Hauptvorstand, bei der nächsten Lohnverhandlung eine Mindestforderung von 60 Proz. für Zeittöner und 50 Prozent für Akkordarbeiter durchzudrücken.

Magdeburg. Versammlung vom 4. August. Nachdem unter Punkt „Geschäftliches“ einige Unterstützungsgesuche erledigt waren, wurde nochmals die Lohnfrage behandelt. Es ist selbstverständlich, daß dieses Thema die Mitglieder immer wieder beschäftigen muß. Der fortwährende Kampf ums tägliche Brot, die immer mehr einsetzende Teuerung Tag für Tag, somit die Löhne gar nicht Schritt halten, machen es selbstverständlich, daß die Löhne ganz gewaltig erhöht werden müssen, wenn der Arbeiter seinen Verpflichtungen nachkommen soll. Es muß sogar rasch geschehen. Wir sind uns aber die Hände gebunden, denn der Lohn- und der damit verbundene Manteltarif läuft noch so ziemlich 8 Wochen. Wie kann uns das aber geholfen werden? Alle Redner, die zu dieser Sache sprachen, sind sich dahingehend einig, daß etwas geschehen muß. Die Forderungen nach sogenannten Wirtschaftszulagen oder Steuerungsbeihilfen werden vielfach bemängelt. Aber gegenwärtig ist dieses wohl der einzige Weg, der gegangen werden kann; denn an Lohnforderungen kann ja, solange der Tarif läuft, nicht gedacht werden. Die Forderungen der Magdeburger Kollegen

den in nachfolgender Resolution festgelegt. Der Hauptvorstand wird er-
 -sotort die nötigen Schritte beim Unternehmerverband einzuleiten.
 -Resolution: „Da der Manteltarif sowie auch damit das
 Lohnabkommen erst am 30. September (also nach 2 Monaten) abläuft, in-
 zwischen aber die Preise auf alle Bedarfsartikel, und insbesondere auch
 die wichtigsten und notwendigsten Lebensmittel gewaltig mit jedem Tag
 steigen, beantragt die Zahlstelle Magdeburg, bis zum Ablauf des Lohn-
 abkommens eine nach den jeweiligen Teuerungsverhältnissen bemessene ein-
 malige Teuerungszulage zu gewähren, welche für gelernte und ungelernete
 Arbeiter in gleicher Höhe festzusetzen ist.“

Des Weiteren wurde auch über die Anträge der Zahlstelle Herms-
 dorf zum neuen Lohnarif diskutiert; dieselben wurden allgemein gutgeheißen
 und der Hauptvorstand besonders in Kenntnis gesetzt. Nur in der Lohn-
 klasseneinteilung ist die Versammlung dafür, in Zukunft nur zwei Klassen
 zu führen, damit man den kleineren Orten mehr gerecht werde. Zur Ur-
 laubsfrage ist eine Altersklasseneinteilung zu empfehlen. Eine Anregung,
 schon jetzt Verträge für Kartoffellieferung abzuschließen, wurde verworfen.
 Durch diese vorzeitigen Abschlüsse werden die Kartoffeln nur verteuert.
 Scharf gerügt wurde noch, daß kaum nach Austeilung der Verbands-
 scharf dieselbe schon an dem stillen Oertchen anzutreffen ist, ohne daß
 man es der Mühe für wert gehalten, die Nase hineinstecken und sich
 über das Verbandsleben zu interessieren.

Reichenbach, S.-A. Bei der Firma C. & E. Carstens, Porzellan-
 fabrik, ist am 10. August ein Streik ausgebrochen. Der Direktor weigert
 sich, mit dem Betriebsrat über die Neuregelung der Akkordpreise zu ver-
 handeln, bevor nicht der technische Leiter anwesend sei. In diesem Falle
 besteht die Möglichkeit, daß die Porzellanfabriken gegenseitig ausgespielt
 werden. Denn der technische Leiter ist wohl vertraut mit den Verhältnissen
 in Blankenhain, aber mit der Arbeitsweise und -methode in Reichenbach
 keinesfalls, so daß derselbe unsere Preisregulierung gar nicht beurteilen
 kann. Nun ist auf die Ankunft dieses Herrn schon seit dem 1. August ver-
 tröstet worden. Am 10. August verlangte die Arbeiterschaft, daß die bei
 einer Verhandlung herauspringende Zulage vom 11. August ab nachgezahlt
 werde. Das wurde abgelehnt und mit der Schließung des Betriebes und
 Entlassung der Ruhestörer gedroht. Der Schlag dem Fatz den Boden aus;
 die Arbeit wurde niedergelegt. Der Streik wird mit aller Schärfe ge-
 führt. Auf Veranlassung der Gauleitung wurde der Gewerkschaftssekretär,
 Genosse Martin, am 12. d. M. zu Verhandlungen beim Direktor vorstellig.
 Der Direktor war bereit, vom Tage der Arbeitsaufnahme ab die bei der
 Hauptverwaltung herauspringende Zulage nachzuzahlen. Die Versammlung
 lehnte dieses Angebot in geheimer Abstimmung mit 87 gegen eine Stimme
 ab. Es wurde betont, daß an eine Arbeitsaufnahme nicht eher gedacht
 werden kann, bis ein positives Ergebnis vorliegt. Die Stimmung unter
 den Streikenden ist gut und geht dahin, jetzt wirklich reine Wirtschaft zu
 machen. — In der Zahlstellenversammlung wurde weiter beschlossen, daß
 wir uns der Resolution der Hermsdorfer Zahlstelle anschließen, die besagt,
 daß die jetzt eingetretene Lebensmittelteuerung durch eine zentrale gemein-
 same Aktion der Arbeiterschaft zu beseitigen ist. Die Arbeiterschaft wurde
 aufgefordert, das Gewerkschaftsfest, sowie das Kinder- und Sommerfest
 zahlreich zu besuchen. Ferner wurde auf den Landtagswahlkampf in Thü-
 ringen hingewiesen und jeder Kollege und jede Kollegin aufgefordert, sich
 aktiv zu beteiligen und ihre Stimme nur den Parteien zu geben, die allein
 für die Interessen der Arbeiter eintreten.

Schauberg. Die Versammlung war von 3/4 aller Mitglieder be-
 sucht. Die Anwesenden nahmen unter anderem Stellung zum ablaufenden
 Manteltarif. Mit Entrüstung nehmen die Versammelten die vom In-
 haber der Firma einigen Arbeitern gegenüber gemachte Aeußerung:
 „Wenn die Arbeiter hier nicht zur Einsicht kommen und billiger arbeiten,
 muß ich schließen“, entgegen. Doch durch das im Verlauf des Gesprächs
 gemachte Geständnis, daß man in Schauberg teurer lebt wie in Bam-
 berg, und durch die Tatsache, daß er sich durch die Dienstboten Lebensmittel
 aus Bamberg holen läßt, ist obiges Verlangen schon beantwortet. Uns
 aber kann er aufs neue überzeugen, daß man im nördlichen Oberfranken
 mit denselben Preisen, teilweise mit noch höheren, auswartet, wie in vielen
 Nachbarstädten. Auf Grund dieser Tatsachen stimmen wir den Aus-
 führungen der am 17. Juli in Jena tagenden Konferenz der Thüringer Zahl-
 stellen („Ameise“ Nr. 30) voll zu. Die von der Konferenz zu § 2 ge-
 machten Ausführungen unterstreichen wir doppelt, da wir die Mängel der
 jetzigen Ortsklasseneinteilung schon längst zu unserem Nachteil verspüren.
 Weiter kam unter den Versammelten die Meinung auf, die Entlohnung
 der unter 16 Jahren alten Arbeiter sei tariflich zu regeln, da das Be-
 streben, soviel wie nur möglich mit solchen zu arbeiten, verheiratete und
 ältere nicht mehr einzustellen, stetig zunimmt.

Spandan. Im Bericht über die Versammlung vom 11. Juli in
 Nr. 31 der „Ameise“ muß es heißen: Gefordert wird eine allgemeine Lohn-
 erhöhung von 30 Proz., nicht 20 Proz.

Stadtlengsfeld. In der außerordentlichen Zahlstellenversammlung
 vom 10. August wurde der Tarifvertrag nochmals besprochen und einzelne
 Paragraphen herausgezogen, die der Verbesserung bedürfen. Vor Eingang
 gibt der Vorsitzende seiner Freude Ausdruck, daß die Versammlung gut
 besucht ist. Er weist noch auf die große Teuerung hin, die vor der Tür
 steht und mancher Familienvater denkt mit großer Sorge an seinen schwind-
 lichten Geldbeutel, wie er sich wohl noch weiter einschränken soll, um
 mit seinen Kindern das nackte Leben zu fristen. Im weiteren wird aus der
 Versammlung der Antrag gestellt, daß die Entlohnung erfolgen soll nach
 den Statistiken des Gewerkschaftsbundes, also das Existenzminimum eines
 Arbeiters die künftige Grundlage bilden muß. Wir bitten die Genossen
 allerseits, diesen Punkt in Erwägung zu ziehen und den Hauptvorstand zu
 veranlassen, bei den Verhandlungen dafür zu wirken. Auf dieser Grund-
 lage könnte vieles geschaffen werden. Ferner steht die Versammlung auf
 dem Standpunkt, das Ortsklassensystem auf zwei Klassen zu beschränken. Der
 Vorsitzende ermahnt die Mitglieder, die Arbeitszeit strikte einzuhalten, da
 leider Fälle vorkommen, daß Ueberstunden gemacht werden ohne Einver-
 ständnis des Betriebsrates. Zu der Einteilung der Jahresklassen wird
 der Antrag gestellt, die Klasse von 20—24 Jahren vollständig abzuschaffen,
 da der 20jährige Arbeiter auch dieselbe Arbeit leisten muß wie der
 24jährige. Die Grundlöhne der Zeitlöhner und Akkordarbeiter müssen
 auf gleiche Stufe gestellt werden, auch für „sonstige“ Arbeiter, denn für
 dieselben ist der Lebensunterhalt auch nicht billiger. Zu dem Paragra-
 phen 26 sind sich die Mitglieder einig, daß vom 10. Lebensjahre ab jeder
 Arbeiter im Lohn, errechnet nach seinem Durchschnittsverdienst, beschäf-
 tigt werden muß. Ueber die Urlaubsfrage entspinnt sich eine längere De-

batte und wird der Antrag gestellt, den Paragraphen 40 dahin abzuändern,
 vom 1. Jahre im Beruf 6 Tage, bis zu 5 Jahren 14 Tage; wer länger
 als 25 Jahre seine Haut zu Markte getragen hat, mindestens 3 Wochen
 Urlaub. Ueber den Begriff Sacharbeiter wird viel gestritten. Es wird be-
 antragt: Wer 3 Jahre ununterbrochen in einem Fache tätig ist, muß als
 Sacharbeiter anerkannt werden. Außerdem ersucht die Versammlung den
 Hauptvorstand, die Lehrlingsfrage tariflich zu regeln. Für August fordern
 wir eine Nachzahlung von 30 Prozent, um einen Ausgleich zu schaffen für
 die enorme Teuerung von Brot, Kohlen und Kartoffeln, die schon eingetre-
 ten ist. Auch wäre es empfehlenswert, alle Arbeiter und Arbeiterinnen
 an eine Pensionskasse anzugliedern, um den alten Arbeiter, wenn die Ar-
 beitskraft verbraucht ist, noch eine Existenz zu ermöglichen. Für diese Sor-
 derung müssen alle Arbeiter in ihrem Interesse eintreten.

Vordamm. Die außerordentl. Zahlstellenversammlung vom 11. August
 beschäftigte sich nur mit der Kündigung des Manteltarifs und dem
 laufenden Lohnabkommen. Betreffs der Orts- und Altersklassen steht die
 Zahlstelle hinter den Beschlüssen der Jenaer Konferenz vom 17. Juli 1921.
 Zur Urlaubsfrage nimmt die Zahlstelle folgenden Standpunkt ein: Der
 Urlaub hat zu beginnen im ersten Jahr mit 6 Tagen, jedes weitere Jahr
 erhöht sich derselbe um zwei Urlaubstage bis zu zehn Jahren auf 24 Tage,
 über zehn Jahre 30 Tage. Außerdem wird eine Urlaubsgroßzahlung in
 Höhe von 200 Mk. bis zu zehn Jahren, über zehn Jahre 300 Mk. ge-
 fordert. Zur Erlangung der Sacharbeitereigenschaft fordert die Zahlstelle
 eine Herabsetzung auf 3/4 jährige Tätigkeit; ferner strikte Beibehaltung
 des Achtstundentages. Betreffs Lohnabkommen hält die Zahlstelle an ihren
 alten, am 29. Juni 1921 an den Hauptvorstand gestellten Forderungen fest.
 Diese lauten: Abbau der sozialen Zulage und eine allgemeine 52-prozentige
 Lohnerhöhung. Wir ersuchen alle Zahlstellen, sich unseren Lohnforderungen
 anzuschließen. Sollten sich die Arbeitgeber weigern, unserer gerechten For-
 derung Gehör zu schenken, so ersuchen wir den Hauptvorstand, die Konse-
 quenzen daraus zu ziehen und unsere Forderungen mit allen rechtlichen
 Mitteln zu vertreten.

Wallendorf. Die am 31. Juli stattgefundene Betriebsrätekonferenz
 der Porzellanarbeiter des Bezirks Gräfenenthal erfreute sich eines guten
 Besuches. Nicht vertreten war der Betrieb Spechtsbrunn, was schon
 einige Mal der Fall war und scharf gerügt wird, da die Betriebsräte-
 konferenzen den Zweck haben sollen, möglichst Einheitlichkeiten zu schaffen.
 Im Mittelpunkt der Tagesordnung stand die Kündigung, Stellungnahme
 zum Lohnabkommen und Manteltarif, worüber in kurzen Zügen der Ge-
 schäftsführer, Kollege Erdmann, referierte. Nach längerer Aussprache
 wird einstimmig beschlossen, über diesen Gegenstand eine weitere Sitzung
 in Kürze abzuhalten. Weiter wird, im Hinblick auf die Eigenart der In-
 dustrie unseres Bezirkes, der Verbandsvorstand ersucht, zu den diesmaligen
 Tarifverhandlungen einen Vertreter des Bezirkes Gräfenenthal hinzu-
 ziehen. — Ueber das Betriebsrätegesetz und dessen Anwendung referiert
 Kollege Apel-Ilmenau. Infolge weit vorgeschrittener Zeit konnte der Refe-
 rent nur engbegrenzte Ausführungen machen und versprach, demnächst einen
 ausführlichen Vortrag über dieses Gesetz zu halten. Die Diskussion war
 eine rege und es wurde tief bedauert, daß Kollege Apel abreisen mußte,
 da es sehr wesentlich für denselben sei, auch mal die Stellung der Unter-
 nehmer des Bezirkes zu diesem Gesetz kennen zu lernen. Eine große
 Fülle von Material trug ein Betriebsratsmitglied des Betriebes in
 Taubenschlag vor. Es gewinnt immer mehr den Anschein, als ob für den
 dortigen Betrieb besondere Rechte und Gesetze geschaffen worden seien.
 Besonders ist es die Tätigkeit des Direktors Dr. Flohr, die zum schärfsten
 Protest herausfordern muß. Die anwesenden Betriebsräte gelobten sich
 einmütig, gegen das Verhalten dieses Herrn energisch Front zu machen
 und zu gegebener Zeit die dortige Arbeiterschaft mit allen ihr zu Gebote
 stehenden Mitteln zu unterstützen und selbige zu ihrem Recht zu verhelfen.
 Gegen 8 Uhr abends konnte die äußerst anregende Konferenz geschlossen
 werden.

Briefkasten der Redaktion.

Versammlungsberichte aus Grünstadt-Neuleiningen und Köppelsdorf
 mußten wegen Raummangel zurückgestellt werden.

Dank.

Für die mir anlässlich der Notlage, in die ich durch schwere Er-
 krankung geraten bin, zugewiesene reichliche Geldspende sage ich allen Ver-
 bandskollegen meinen herzlichsten Dank.
 Hermann Höhn, Rapsfeldreuer, Ilmenau.

Ererbtafel.

- Althaldensleben.** Elisabeth Göbel, Glasurerin, geboren am 28. Oktober 1901 in Annaburg, gestorben am 6. August an Lungenleiden. Mitglied seit 1919.
- Geschwend.** Hermann Eckardt, Former, geboren am 30. Mai 1873, gestorben am 11. August an Herzschlag. Mitglied seit 1920.
- Kahla.** Max Schmidt, Lagerarbeiter, geboren am 18. November 1872, gestorben am 23. Juli an Wasserfucht. Mitglied seit 1919.
- Köppelsdorf (Rexhaus b. Sbg.).** Edwin Hammer-
 Schmidt, Packer, geboren am 7. Mai 1901, gestorben — beim
 Baden ertrunken — am 17. Juli. Mitglied seit 1917.
- Köppelsdorf.** Auguste Amthor, Dreherin, geboren am
 22. Oktober 1900, gestorben am 20. Juli an Typhus. Mitglied
 seit 1919.
- Wabendorf.** David Feyk, Maler, geboren am 9. August
 1869, gestorben am 11. August an Obrengehwür. Mitglied seit
 Januar 1920.
- Rehau.** Georg Naumana, Sortierer, geboren am 31. Juli
 1851, gestorben am 26. Juli an Lungenleiden. Mitglied seit 1919.
- Sikendorf.** Martha Kaiser, Belegerin, geboren am
 6. August 1900, gestorben am 29. Juli an Darmleiden. Mitglied
 seit 1918.

Ehre ihrem Andenken!

Zur Beachtung für die Kassierer!

Die (grüne) Zählkarte für die Arbeitslosenzählung für August ist am Sonnabend, den 27. August, auszufertigen und spätestens bis 3. September einzusenden. Das Verbandsbureau.

Veranstaltungs-Anzeigen.

Bahlreicher Besuch in allen Veranstaltungen erwünscht.

Berlin. Casallaalater. Donnerstag, den 25. August, nachm. 5 Uhr, bei Wolfsläger, Adelsbühlstr. 21.
Breslau. Figurenbranche. Dienstag, den 6. September, abends 8 Uhr, bei Erffler, Kehlerberg.
Püßsdorf. Samstag, den 3. September, abends 8 Uhr, bei Ritz.
Magdeburg. Donnerstag, den 8. September, im „Wintergarten“, Friedrichsplatz.
Eisenfurt. Sonnabend, den 3. September, abends 8½ Uhr, in der Brauerei.

Adressen-Änderungen.

Gräfenthal. Revisor: Robert Schlegel, Retoucheur, Obere Koburgerstr. 6.

Aufforderung!

Wir ersuchen die Zahlstellenverwaltungen, die in der Lage sind, uns den Verbleib des Drehers Karl Louis, geboren am 16. März 1884 in Jnaim (Mähren), Anschluss zu geben und dieses an untenstehende Adresse zu tun. Louis hat hier zwei Tage gearbeitet und ist nach Mitnahme von 3 Stück Gummi, 1 Hose, 1 Jacke (Gesamtwert 160 Mk.), spurlos verschwunden.
Der Zahlstellenvorsitzende:

Jr. Schmidt, Reuhaldensleben, Alvensleberstr. 23.

Berlin-Charlottenburg.

Sammellisten für die Russenhilfe sind im Bureau, Raunpstr. 85, abzuholen. Die Verwaltung.

Breslau.

Die Sektion der Polychromie und Figuristen veranstaltet am Sonnabend, den 27. August, in Oswitz, Etablissement Ventisch, ein Sommerachtskränzchen. Humoristische Vorträge — Verlosung u. a. — Ueberraschungen.

Zu zahlreichem Besuch ladet ein Das Komitee.

Hörshelm a. Main.

Auszahlung von Unterstützung nur Samstags, nachm. von 5—7 Uhr. Außerdem werden die Mitglieder nochmals aufmerksam gemacht, daß die Meldung der Erwerbslosigkeit innerhalb der ersten drei Tage erfolgen muß, andernfalls beginnt der Anspruch auf Unterstützung erst vom Tage der Meldung ab. Der Kassierer: Günther Wittmann, Bahnhofstr. 13.

Berichtigung.

In der Quittung über eingesandte Gelder in Nr. 31 der „Ameise“ muß es heißen:
Niedendorf 1000 Mk. statt 8000 Mk., Magdeburg 10 000 Mk. statt 3000 Mk.
W. Herden.

Arbeitsmarkt.

Effertbriefe, denen kein frankiertes Kuvert beiliegt, werden nicht weiter befördert.

Zum sofortigen Eintritt werden einige jüngere ledige Steingutdreher für Keller, Essen, Saßbüßeln, Rumren usw. gesucht. Angebote möglichst mit Zeugnisabschriften erbeten unter Chiffre A. E. 2 an die Redaktion der „Ameise“.

Größere Steingutfabrik sucht 1 bis 2 tüchtige Maler für Auf- und Unterglas- und Freihandmalerei, Schablonen und Spitzdekore, sowie gut eingearbeitet auf bessere Goldtempeldekore in Kaffee-, Tee-, Waschggeschirren und Vasen.

Es wollen sich nur Herren melden, die den Anforderungen vollständig gewachsen sind und in größeren Fabriken gearbeitet haben. Ledige wegen Wohnungsmangel bevorzugt. Angebote mit Angabe der bisherigen Tätigkeit, Lohnansprüchen und Zeugnisabschriften unter „A. E. 20“ an die Redaktion der „Ameise“.

Ein jüngerer tüchtiger Modeller, der ganz besonders auf exakte Holzgeschirre eingearbeitet ist, wird zu sofortigem Eintritt gesucht. Angebote unter Beifügung von Zeugnisabschriften sowie Angabe der Gehaltsansprüche zu richten an Akt.-Ges. Porzellanfabrik Weiden, Gebr. Vaußner, Weiden i. Oberpf.

Ein tüchtiger perfekter Formgießer, der exakt zu arbeiten in der Lage ist, wird zu sofortigem Eintritt gesucht. Angebote zu richten an Akt.-Ges. Porzellanfabrik Weiden, Gebr. Vaußner, Weiden i. Oberpf.

Tüchtiger Dekorierer für dauernde Beschäftigung per sofort gesucht.
3. Post- & Telegraf. Anst. und Feinstreifengfabrik, Bannlan.

Wir suchen per sofort einen tüchtigen Becherdreher.
Porzellanfabrik Brambach, Brambach i. S.

Tüchtiger Dreher für Einrichten und Leiten einer Dreherei für Niederdruckmaschinen per sofort gesucht.
Angebote unter „A. E. 2“ an die Redaktion der „Ameise“.

Tüchtiger lediger Drucker für Stabdruck auf Emaille für sofort gesucht.
Kunst- und Emaillewerke, vorm. J. & S. Kerkmann, Alben i. Westfalen.

Tüchtiger, lediger Schalendreher per sofort gesucht.
Porzellanfabrik Brambach, Brambach, i. S.

Selbständiger Brenner der Geschirrbrennerei, im Setzen und allen einschlägigen Arbeiten gut bewandert, sucht per sofort dauernde Stellung. Gebl. Angebote an die Redaktion der „Ameise“ erbeten unter „A. E. 60“.

Tüchtiger Gießer, in allen größeren Artikeln, in Geschirrbrennerei, sowie auch in Luxus — Figuren usw. — bewandert, der auch das Garnieren versteht, sucht Stellung zum baldmöglichsten Antritt. Offerten unter „A. E. 2“ an die Redaktion der „Ameise“ erbeten.

Für eine bayerische Steingutfabrik wird ein verlässlicher und mit allen Nebenarbeiten vertrauter Brenner, der gute Glattöfen zu liefern vermag, gesucht. Bei zufriedenstellender Leistung steht demselben der Oberbrennerposten offen. Angebote unter „A. E. 1“ an die Redaktion der „Ameise“.

Wir suchen einen tüchtigen Dreher, der im Ueberformen, Gießen und Garnieren, besonders aber im Schablonenstellen bewandert sein muß.
Porzellanfabrik Brambach, Brambach i. S.

Tüchtige ledige Freihandmaler (Unterglasur) werden sofort eingestellt.
C. & E. Carstens, Keramische Werke, Gräfenroda, Thüringen.

Geschäfts-Anzeigen.

Alles staunt über die hohen Preise, die ich für Goldabfälle, wie Asche, Schmiere, Lappen, Pinsel, Flaschen zahle.
Zahle für leere Glanzgoldflaschen mit Stöpsel, 10 Gr., 20—30 Pf.
Poliergoldflaschen 10 „ 25—50 „
je nach Inhalt. — Darum schickt alles zu
R. Farnhamer, Willy v. Zwickau, S.

Emil Boome & Eisenberg S.-A.

Einkaufsgeschäft für Glanzgold, Goldschmiere u. alle goldhaltigen Sachen. Besteht Geschäft dieser Art. Jede u. vorkommende Bedienung.
Man verlange Prospekt.

Goldschmiere, goldhaltige Lappen, Asche, Flaschen und Pinsel kauft ständig bei reeller Bedienung zu höchsten Tagespreisen.
Eskar Rottmann, Stadtilm in Thüringen.

Staunend billig

kaufen Sie Ihre Segeltuch-Spangenschuhe, Turnschuhe u. Pantoffeln in allen Größen b. Konrad Bügler, Schuhverwand, Zirndorf b. Fürth. Bay.

Goldhaltige Schmiere — Lappen — Asche — Pinsel — Flaschen — Walzrückstände usw. zum Einschmelzen kauft
M. Köhler, Dresden-A., Gerichtstr. 8, II.
Reelle Bedienung. — Höchste Preise. — Sofort Kasse.

Achtung! Achtung! Achtung!

Die billigsten Schuhe für Fabrikarbeiter sind nach wie vor Segeltuchschuhe mit Ledersohlen und Zwickeln.
Für Turner empfehle ich Turnschuh und Stiefel mit Chromlederohle. Weiße Leinwand für Damen und Kinder.
— Lederhandschuhe, Lederhandsalen, Tuch- und Holzpantoffel. —
Sämtliche Lederwaren zu Fabrikpreisen. — Verlangen Sie noch heute kostenlose Preisliste.
Karl Klene, Schuhverwand und Pantoffelfabrik, Weiskammer, D.-L.

Der schlechte Markkurs und der Mangel an Levantiner und Zymocasschwämmen bedingt sofortigen Einkauf!

Elefantenoehren Vorrat erschöpft, neue Sendung wird erwartet. Offerierte hierdurch für Dreher große naturelle prima Zymocasschwämme das Stück zu 25, 32, 35, 40, 50 Mk.; Levantiner Glasurschwämme das Stück 11 und 20 Mk.; feine weiße prima Reeschwämme, Form, das Kilo, 100 bis 125 Stück enthaltend, 700 Mk.; für Brennerei und Druckerei mittlere, gepresste flache Hardheadschwämme, das Kilo, 90 Stück enthaltend, 225 Mk.; große gepresste prima Hardheadschwämme, das Kilo, 40 Stück enthaltend, 350 Mk.; echt griechische Pferdeshwämme, kleine, das Stück 5 Mk., große 20 Mk., für Steingut- und Tonwarenfabriken. Versand nur in geschlossenen kleineren und größeren Posten. S. Michels, Schwammgroßhandlung, Berlin S. 25, Preussenerstr. 42.

CHRISTOF SACK
SCHWARZENBACH A. D. SAALE
Import und Export von Schwämmen, speziell für die keramische Industrie. Stets großes Lager in sämtlichen vorkommenden Sorten. Muster bereitwilligst. Fernsprecher Nr. 17

Herausg. v. Verband d. Porzellan- u. verw. Arbeiter u. Arbeiterinnen. Redaktion: Joh. Schneider, Charlottenburg, Rosinenstr. 4. Verlag: Wilhelm Herden, Charlottenburg, Rosenstr. 4. Druck von G. Janiszewski, Berlin SO., Elisabeth-Str. 28/29.